

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Abg. Christian Meißner

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Dr. Andreas Fischer

Abg. Franz Schindler

Abg. Prof. Dr. Georg Barfuß

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Susanna Tausendfreund

Staatsminister Joachim Herrmann

Abg. Adelheid Rupp

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

**Georg Schmid, Thomas Kreuzer, Christian Meißner u. a. und Fraktion (CSU),
Thomas Hacker, Dr. Andreas Fischer, Dr. Otto Bertermann u. a. und Fraktion
(FDP)**

Linksextremismus wirksam entgegentreten! (Drs. 16/5211)

In aller Neutralität und Bescheidenheit darf ich an die zeitliche Disziplin der Redner appellieren, damit wir bis zum Sitzungsende um 19.00 Uhr fertig werden. Der erste Redner ist Herr Kollege Meißner.

Christian Meißner (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, mir ist sehr bewusst, dass ohne unser aller Unterstützung heute Abend gar nichts geht. Ich werde mich deshalb bemühen, damit wir rechtzeitig fertig werden.

(Beifall des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

Gleichwohl ist uns dieser Dringlichkeitsantrag "Linksextremismus wirksam entgegentreten!" wichtig. Am 12. Juni 2010 hat aus unserer Sicht die linksextremistische Gewalt einen neuen und besorgniserregenden Höhepunkt erreicht. Sie haben es gelesen: Bei einer Berliner Demonstration wurde eine Splitterbombe auf Polizeibeamte geworfen, durch die zwei Polizeibeamte schwer verletzt wurden. Dieser Anschlag war gezielt, und er wurde mit hoher krimineller Energie durchgeführt. Das ist eine neue Stufe der Eskalation von linksextremistischen Umtrieben. Wir sollten diesen Anschlag nicht einfach hinnehmen. Ich habe hier ein Dokument aus dem Bundestag, das ich zitieren möchte, darin stehen einige Details zu diesem Anschlag:

Die Verletzungen der Polizeibeamten rühren daher, dass Splitterbomben zum Einsatz kamen, die mit Eisenteilen gespickt, perfiderweise auch noch in eine Plastikhülle gesteckt wurden, damit die Eisenteile durch die Explosion erhitzt werden und mit dem Plastik verschmelzen und so auf den Uniformen festkleben be-

ziehungsweise diese durchdringen. Deshalb sind die Polizisten auch so schwer verletzt worden.

Der Vorsitzende der Polizeigewerkschaft Herr Freiberg, hat recht, wenn er sagt, durch die Schutzkleidung hätten diese Splitter mehrere Zentimeter tiefe Fleischwunden verursacht. Er hat recht mit seiner Einschätzung, wenn er sagt, das hätte auch tödlich enden können.

Wir verurteilen diese Tat aufs Schärfste. Gewalt gegen Menschen und Sachen ist für uns kein Mittel der politischen Auseinandersetzung. Dieser Anschlag war ein weiterer Weckruf in dieser Hinsicht.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Der Anschlag stellt einen Höhepunkt in der allgemeinen Problematik dar. Linksextremistische Gewaltdelikte haben in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen. Bundesinnenminister de Maizière hat erst vor einigen Tagen bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichts 2009 auf den Anstieg linksextremistischer Gewalttaten hingewiesen. Danach ist nicht nur die Zahl gewaltbereiter Linksextremisten bundesweit auf 6.600 Personen angestiegen. Vielmehr hat sich auch die Zahl der Gewalttaten mit linksextremistischem Hintergrund von 700 im Jahr 2008 auf 1.100 im vergangenen Jahr erhöht. Die Zahl der Brandstiftungen hat sich fast verdoppelt. Die Zahl der Körperverletzungsdelikte ist um 40 % angestiegen.

Bayern ist keine Insel der Seligen. Laut unserem Verfassungsschutzbericht ist die Zahl linksextremistischer Gewalttaten in Bayern 2009 im Vergleich zum Vorjahr um 17 % gestiegen. Das ist seit mindestens zwei Jahrzehnten ein Höchststand. Wir wissen gar nicht, wann wir in Bayern je einen solchen Stand gehabt haben.

Vor einer solchen Entwicklung mit dem traurigen Höhepunkt, den ich eingangs erwähnt habe, können wir unsere Augen nicht verschließen. Insbesondere darf linksextremistische Gewalt weder bagatellisiert noch - das ist mir ein großes Anliegen - in ir-

gendeiner Form wegen ihres vermeintlichen Widerstands gegen Rechtsextremismus geduldet werden. Wir sagen ganz klar und ohne jede Ausnahme und ohne jede Relativierung: Jede Form von Extremismus ist ein Angriff auf unser demokratisches Staatswesen. Links- und Rechtsextremismus kann man nicht mit zweierlei Maß messen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Dabei ist es nach unserer Meinung total unerheblich, ob der Angriff von linksradikalen, rechtsradikalen oder islamistischen Extremisten erfolgt. Gegen jede Form von Gewalt muss sich eine Demokratie wehren.

Alle politischen, aber auch gesellschaftlichen Kräfte sind dazu aufgerufen, linksextremistische Gewalt zu ächten, wie wir es seit langer Zeit - Gott sei Dank - bei rechtsextremistischer Gewalt als Selbstverständlichkeit empfinden. Wir sollten unsere Bemühungen in diesem Bereich verstärken. So können Sie es auch unserem Antrag entnehmen.

Wir halten es für die beste Prävention, wenn linksextremistische Grundüberzeugungen erst gar nicht in die Köpfe unserer Jugendlichen hineinkommen. Deswegen fordern wir, dass die Aufklärungs- und Präventionsarbeit intensiviert und die Vernetzung der Extremismusaufklärung mit den Schulen und anderen Bildungsträgern noch verstärkt wird. Das wünschen wir uns von unserer Staatsregierung.

Im Übrigen sind wir der Meinung, dass die Bayerische Informationsstelle gegen Extremismus ihre Aktivitäten auch im Bereich des Linksextremismus erheblich verstärkt. Insgesamt sollte gelten, dass alle Maßnahmen der Staatsregierung mit derselben Intensität gegen Links- wie Rechtsextremismus betrieben werden.

In dem Zusammenhang begrüßen wir ausdrücklich, dass sich die Innenministerkonferenz auf ihrer letzten Sitzung mit dem Linksextremismus sehr ausführlich befasst hat und ein umfassendes Maßnahmenpaket zur Bekämpfung linksmotivierter Gewalt erarbeiten wird.

Der Bombenanschlag, den ich eingangs erwähnt habe, zeigt auch eines: Das Ziel der Attacken gerade von links sind immer häufiger Polizeibeamte. Das zeigen die Zahlen eindeutig. Allein in Bayern sind fast 50 % der linksextremistischen Gewalttaten gegen Polizeibeamte gerichtet. Daher ist es weiterhin erforderlich, dass wir unsere Polizeieinsatzkräfte mit allen Mitteln schützen und ihnen auch einen besseren strafrechtlichen Schutz zuteil werden lassen.

Der Freistaat Bayern hat gemeinsam mit Sachsen eine Bundesratsinitiative auf den Weg gebracht, die den Strafraumen des § 113 StGB verschärfen will. Ich möchte dem Innenminister für diese Initiative danken und ihn bitten, weiter am Ball zu bleiben. Sowohl die Prävention als auch die bessere Vernetzung als auch ein vernünftigerer Schutz unserer Polizeibeamten und ein klares gesellschaftliches Bekenntnis sind wichtig. Es ist kein Unterschied in der Qualität zwischen links- und rechtsextremistischer Gewalt. Diese Überzeugung sollte uns allen ein wichtiges Anliegen sein.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Kollegen Fischer.

Dr. Andreas Fischer (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich den Blick auf den 30. Juli 2009 zurückwerfen. Für 500 Rekruten der Bundeswehr fand ein Gelöbnis auf dem Münchener Marienplatz statt. Das war für einen demokratischen Staat ein normaler Vorgang. Doch nicht alles war im Vorfeld so normal. Es gab nicht nur massive Störungen aus der linksautonomen Szene, sondern im Vorfeld gab es auch Sachbeschädigungen und Brandanschläge.

In einem Flyer mit dem Titel "Feinderkennung - eine Gebrauchsanweisung für den Alltag" wurden anhand abgebildeter Rangabzeichen die Dienstgradgruppen der Bundeswehr erläutert. Ich darf daraus zitieren:

Ab Oberstleutnant: Schienbeintreten, Ohrfeigen, Hauswand besprühen, Auto abfackeln, öffentliche Empfänge versauen. Ab General: Nicht zögern, reinhauen, und zwar richtig!

Das ist nur ein Ausschnitt. Im Verfassungsschutzbericht können Sie die Details nachlesen.

Fest steht: Nicht nur rechtsextremistisch motivierte Gewalt, die wir alle aus gutem Grund verurteilen, sondern auch die Entwicklung linksextremistisch motivierter Straftat und Gewalttaten geben großen Anlass zur Sorge. Der Unterschied ist nur, dass die linksextremistischen Gewalttaten nicht allgemein als Problem wahrgenommen werden. Wer aber auf einem Auge blind ist, sieht nicht richtig.

Drei Dinge sind besonders bemerkenswert:

Zum einen erleben wir einen dramatischen zahlenmäßigen Anstieg. Im Jahr 2007 gab es in Bayern noch 76 linksextremistische Gewalttaten. 2008 waren es schon 109, und 2009 waren es 127. Das bedeutet eine Zunahme um 67 % in zwei Jahren.

Ein zweiter Aspekt. Das Angriffsspektrum wird ausgeweitet. Neben der Gewalt gegen Sachen wird zunehmend Gewalt gegen Personen als legitimes Mittel angesehen. Diese Gewalt richtet sich zum einen gegen wirkliche und angebliche Faschisten, in zweiter Linie gegen die Polizei, nun auch zunehmend gegen die Bundeswehr. Beides sind Repräsentanten unseres Staates. Das können wir nicht hinnehmen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Der dritte Aspekt beunruhigt mich am allermeisten: Die Zahl minderjähriger Straftäter hat drastisch zugenommen. 45 % der linksextremistischen Täter waren unter 21 Jahre, viele unter 16 Jahre. Wenn unsere Jugend Gewalt als Mittel der Politik nicht als Tabu betrachtet, müssen wir handeln. Deswegen ist es richtig, bei Schulen und anderen Bildungsträgern anzusetzen, um Extremismusaufklärung zu betreiben. Da muss die Prävention ansetzen, und da müssen wir handeln.

Dabei sind alle Demokraten gefordert. Genauso wie wir uns rechtsextremistischen Bestrebungen geschlossen entgegenstellen, müssen wir das auch gegen den Linksextremismus tun. Das ist unsere staatsbürgerliche Pflicht als Demokraten.

Wir unterscheiden nicht, aus welchen Motiven jemand unsere Gesellschaftsordnung ablehnt. Aber jeder, der Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung begreift, wird mit unserem Widerstand rechnen müssen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Nächster Redner ist nach der Liste Herr Kollege Schindler für die SPD.

Franz Schindler (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir wiederholen hier eine Debatte, die genau vor einer Woche im Deutschen Bundestag aus dem genannten Grund stattgefunden hat. Weil das so ist, zitiere ich, was der Abgeordnete Bosbach zur Einleitung seiner Rede im Bundestag gesagt hat:

Um eines gleich vorweg zu sagen, damit wir in dieser Debatte keine Schieflage bekommen: Wir haben seit Jahren ein hohes, ein viel zu hohes, ein erschreckend hohes Niveau an rechtsradikalen Straf- und Gewalttaten. Wir erleben seit einiger Zeit ein deutliches Anwachsen linksradikaler Gewalttaten. Durch diesen Anstieg an linksradikaler Gewalt wird aber keine einzige rechtsradikale Straftat relativiert oder gar bagatellisiert.

Soviel zur Einordnung der Debatte.

Hierzu gehört nach meiner Meinung auch, Folgendes klarzustellen: Wer Molotowcocktails oder Sprengsätze gegen Polizeibeamte oder auch gegen den vermeintlichen politischen Gegner oder wen auch immer wirft, ist nicht links, auch nicht linksextremistisch, sondern kriminell.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Etwas anderes ist das nicht.

Hingegen sind Protest und ziviler Ungehorsam bis hin, wie ich persönlich meine, zu Sitzblockaden, wie wir sie in Wackersdorf und andernorts erlebt haben, gegen politische Entscheidungen, zum Beispiel gegen diejenigen der jetzigen Koalition, aus welchen Motiven auch immer, legitime und gegebenenfalls auch nötige Mittel der politischen Auseinandersetzung. Gewalt ist das nicht. Ich gehe davon aus, dass in diesem Haus hierüber Konsens besteht. Es geht darum, die Anwendung von Gewalt, egal von wem und zu welchen Zwecken sie ausgeübt wird, zu verhindern. Es ist eine Selbstverständlichkeit, dass Gewalt aus dem sogenannten linksextremistischen Spektrum genauso zu ächten ist wie Gewalt aus dem rechtsextremistischen Spektrum.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn man davon einmal absieht, was banal, aber wahr ist, dass es dem Opfer immer egal ist, welches Motiv der Täter möglicherweise hat, halte ich eine simple Gleichstellung von Links- und Rechtsextremismus für unzulässig.

(Beifall bei der SPD)

Zwar finden sich in beiden Lagern Übereinstimmungen, wenn es zum Beispiel gegen das Mehrparteiensystem, um das Recht auf Opposition oder wenn es um Freund-/Feind-Stereotypen geht. Ich lege aber schon Wert auf die Feststellung, dass linksextremistisches Denken idealistischerweise

(Zuruf von Abgeordneten der FDP: Och!)

dennoch zurückgeht auf Traditionen der Aufklärung und auf die Prinzipien der absoluten Gleichheit und auf die Ablehnung jeglicher Form von Staatlichkeit. Deswegen gibt es auch diese Auswüchse in Form des Anarchismus oder in Formen des Kommunismus, wohingegen - ich rede von den Theoriegebäuden; das bitte ich zur Kenntnis zu nehmen - die dumpfe, menschenverachtende Ideologie von Rassenungleichheit, von

Fremdenfeindlichkeit und der Überhöhung der Volksgemeinschaft über das Individuum für Rechtsextremisten wesentypisch ist. Ich sage ausdrücklich noch einmal: Das ist demjenigen, der einen Molotowcocktail auf den Kopf bekommt oder in sonstiger Weise angegriffen wird, völlig egal und muss auch uns völlig egal sein, wenn es darum geht, rechtsextremistische Gewalt zu bekämpfen. Aber es kann uns nicht egal sein, wenn es darum geht, die Ansätze präventiv zu bekämpfen, lange bevor es zu Gewalteskalationen gekommen ist, weil nämlich aus der unterschiedlichen Theorie und aus der unterschiedlichen Herkunft der Denkmuster auch unterschiedliche Antworten gegeben werden müssen, was die Prävention betrifft.

Meine Damen und Herren, was die Zahlen von links- und rechtsextremistischen Straftaten betrifft, kann ich nur wiederholen, was bereits gesagt worden ist. Es ist, meine ich, eine differenzierte Betrachtung angezeigt. Laut dem Verfassungsschutzbericht Bayern für das Jahr 2009 sind in diesem Jahr insgesamt 303 linksextremistisch motivierte Straftaten registriert worden - nach 361 im Jahr 2008. Jede einzelne dieser Straftaten ist eine zu viel. Darin besteht sicherlich Übereinstimmung. Dennoch ist es erforderlich, wenn man sich über Prävention und Bekämpfung Gedanken macht, genau hinzuschauen und zu klären, wie viel davon auf linksextremistische Motive und wie viel davon, ohne es entschuldigen oder relativieren zu wollen, Vandalismus ist - oder wie viel davon darauf zurückzuführen ist, was heutzutage sogar in polizeilichen Statistiken als Ausdruck erlebnisorientierter Jugendwelten bezeichnet wird. Auch das, meine ich, muss man genau betrachten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wichtig bei der Diskussion scheint mir auch zu sein, dass wir, wenn wir so simpel gleichstellen und nur noch in Begriffen von Extremismus reden, ohne diese Differenzierung vorzunehmen, nicht

(Wortmeldung des Abgeordneten Dr. Andreas Fischer (FDP))

- gleich, Herr Dr. Fischer, ich bin gleich fertig, dann können Sie eine Zwischenfrage stellen - wie es Innenminister de Maizière im Bundestag, wie ich meine, zu Recht ge-

sagt hat, durch die Überhöhung der Problemlage, die wir unbestritten haben, einen neuen "linken" Terrorismus in Bayern herbeireden. Diese Gefahr -

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Schindler, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Franz Schindler (SPD): Ja.

Dr. Andreas Fischer (FDP): Herr Kollege Schindler, Sie haben gut angefangen. Ich war schon versucht, Beifall zu klatschen.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Eine Frage bitte.

Dr. Andreas Fischer (FDP): Ja, ich komme schon zur Frage. Betreiben Sie nicht durch diese Relativierung der geistesgeschichtlichen Wurzeln eine Unterscheidung zwischen Links- und Rechtsextremismus, obwohl Sie selbst sagen, dem Opfer ist es egal? Sagen Sie hier denn nicht, es sind zwei unterschiedliche Qualitäten? Und vor allem: Wenn Sie sagen, der Linksextremist ist nicht links, warum können Sie dann sagen, der Rechtsextremist ist rechts? Das ist genau dasselbe.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Franz Schindler (SPD): Herr Dr. Fischer, ich sage noch einmal das, was ich versucht habe, zum Ausdruck zu bringen, was mir möglicherweise nicht ganz gelungen ist: Ich wehre mich gegen - ich habe gesagt - die simple Gleichstellung, es sei alles extremistisch. Wenn ich mich bemühe, Prävention zu betreiben, habe ich den verschiedenen Geisteshintergrund mit zu bedenken. Ich sage noch einmal, zum dritten Mal, dass das überhaupt keine Auswirkungen haben kann auf die gesellschaftliche Ächtung von Gewalt, ob von links oder von rechts.

(Beifall bei der SPD)

Aber wenn ich Prävention betreiben will, so muss ich mir doch die Freiheit nehmen, etwas genauer hinzuschauen. Das war der Sinn meiner Worte. Anders konnte und sollte man sie auch nicht verstehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, obwohl Sie entgegen Ihrer sonstigen Gewohnheit mit diesem Antrag keine Gesetzesverschärfungen fordern, was wir durchaus zur Kenntnis nehmen, werden wir ihm nicht zustimmen, und zwar deswegen, weil er einerseits, wie ich meine, Selbstverständlichkeiten enthält.

(Beifall der Abgeordneten Isabell Zacharias (SPD))

Ich habe versucht, sie herauszuarbeiten. Ansonsten fordert er Glaubensbekenntnisse ein, was Sie natürlich machen können, was uns aber nicht weiterhilft, weil der Antrag im Forderungsteil ein bisschen schwammig bleibt und den Eindruck erweckt, als müsste im Bereich der Aufklärungs- und Präventionsarbeit gegen Linksextremismus generell nachgerüstet werden, weil man zu wenig hingeschaut hat. So ist es nicht, im Gegenteil. Ich halte es für geboten, bei der Beobachtung und Bewertung, zum Beispiel von VVN-BdA, aber auch von a.i.d.a. etwas mehr Augenmaß anzuwenden, als man es in der Vergangenheit gemacht hat.

Letzte Bemerkung, meine Damen und Herren, zur Begründung, warum wir nicht zustimmen können: Sie schreiben in Ihrem Antrag, dass im Rahmen der vorhandenen Haushaltsmittel die Aufklärungs- und Präventionsarbeit usw. mit derselben Intensität jetzt auch gegen Linksextremismus wie gegen Rechtsextremismus vorgenommen werden solle. Das bedeutet, dass es keinen müden Euro mehr gibt. Wenn ich es von der einen Seite wegnehme, dann fehlt es dort, weil ich es für die andere Seite gebe. Das wollen wir nicht.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme darauf zurück, was MdB Bosbach gesagt hat: das eine nicht mit dem anderen relativieren. - Deswegen, und nur aus diesem Grund, stimmen wir diesem Antrag nicht zu.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Schindler, vielen Dank. - Ich habe eine Wortmeldung zu einer Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Professor Dr. Barfuß.

Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): Geschätzter Herr Kollege Schindler, ich möchte nur wissen: Wie sähe denn bei Ihnen die Prävention aus? - Ich habe Ihren Vortrag verstanden, aber Sie heben auf die Prävention ab. Das würde ich gerne erklärt wissen. Danke.

Franz Schindler (SPD): Der wichtigste Punkt der Prävention - ich glaube, Herr Dr. Fischer hat es auch schon gesagt - ist, dass wir überhaupt keinen Zweifel daran aufkommen lassen, dass Gewalt kein Mittel der politischen Auseinandersetzung in unserer parlamentarischen Demokratie ist, egal von wem. Erstens.

(Beifall bei der SPD)

Der zweite Aspekt der Prävention muss sein, dass wir uns, wenn es stimmt, dass die Gewalttaten im Wesentlichen oder in großer Anzahl von Minderjährigen, von 14-, 15- oder 16-Jährigen, ausgehen, dieser Bevölkerungsgruppe auch im Besonderen zuwenden. In der Tat muss man wohl in der Schule ansetzen. Man muss fragen, aus welchen Schichten diese Kinder kommen, die am Wochenende sozusagen touristisch irgendwo hinfahren und dann ihre Grenzen nicht mehr kennen. Da, meine ich, gilt es anzusetzen, stärker als bisher, aber nicht zulasten der Prävention gegen Rechtsextremismus. Das war der Sinn meiner Rede. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Professor Dr. Georg Barfuß (FDP))

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Kollege Schindler. - Für die Fraktion der Freien Wähler: Herr Kollege Pohl. Bitte schön.

Bernhard Pohl (FW): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident! Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal zum Antrag der CSU-Fraktion. Wir, die Freien Wähler, stimmen diesem Antrag uneingeschränkt zu. Er ist richtig und wichtig.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, selbstverständlich müssen wir gegen Extremismus jeglicher Art kämpfen. Auch mir ist es so gegangen wie dem Kollegen Dr. Fischer: Ich dachte, als Sie, Herr Kollege Schindler, Ihren Redebeitrag begannen: Oh, da hat sich was verändert! Aber gegen Ende hin musste ich feststellen, das war eine trügerische Hoffnung.

Eigentlich wollte ich meinen Redebeitrag mit den Worten beginnen: Liebe Kollegen von CSU und FDP, versuchen wir doch künftig, solche Anträge fraktionsübergreifend zu stellen.

(Zurufe von der SPD: Aber dann richtig! - Dann müssen sie anders ausschauen!)

Denn das Ziel dieses Hauses, Kollege Dr. Beyer, muss es sein, dass wir einheitlich, ganzheitlich gegen Links- und Rechtsextremismus auftreten, und zwar ohne Gewichtung, was jetzt schlimmer oder weniger schlimm ist; denn das nutzt nur denen, die links und rechts außen ihre Spiele spielen. Die freuen sich doch geradezu, wenn wir Demokraten darüber diskutieren, was denn im Einzelfall schlimmer ist, der Links- oder der Rechtsextremismus.

Aber, Herr Kollege Meißner, in Ihrem Redebeitrag habe ich eines vermisst: Sie haben sich ausschließlich mit der Gewalt auseinandergesetzt; Ihr Antrag beinhaltet aber mehr. Er sagt, man solle sich mit den Wurzeln des Linksextremismus auseinandersetzen. Wenn man das Ganze nur auf die Gewalt reduziert, dann hat Kollege Schindler schon recht: Nun ja, dass wir alle gegen Gewalt sind, von links oder von rechts, ist

eine Banalität. Ich unterstelle keinem hier im Haus, dass er heimlich mit einem sympathisiert, der Molotowcocktails wirft. Ich denke, das ist tatsächlich eine Banalität.

(Unruhe bei der SPD)

- Frau Kollegin Rupp, haben Sie da hinten einen anderen identifiziert?

Also ich meine, dieser Antrag geht weiter: Aufklärung und Prävention gegen Linksextremismus. Da muss ich schon sagen: Prävention und Aufklärung gegen Linksextremismus beginnen damit, dass man linksextremes Gedankengut ächtet, und dann müssten wir einmal darüber diskutieren, was linksextremes Gedankengut ist.

Da fange ich einmal mit Sahra Wagenknecht an, die im Deutschen Bundestag sitzt; da fange ich mit der Linkspartei an, die mit 10 % im Deutschen Bundestag sitzt. Das ist eine Realität.

(Dr. Andreas Fischer (FDP): Und mit der SPD koaliert!)

Ich muss nicht nur auf irgendwelche verwirrten Menschen schauen, die Molotowcocktails werfen; wir haben eine gesellschaftliche Bedrohung von Linksaußen, und das müssen wir zur Kenntnis nehmen. Dagegen müssen wir alle als Demokraten mutig und entschlossen vorgehen.

Das fehlt mir. Das fehlt mir auf breiter Basis. Deswegen halte ich es für sehr wichtig, was Sie hier fordern: Aufklärungs- und Präventionsarbeit gegen Linksextremismus zu betreiben, alle präventiven Mittel zu ergreifen, um Entwicklungen im Bereich des Linksextremismus wirksam entgegenzuwirken. Dazu gehören natürlich auch Wahlergebnisse linksextremer Parteien, meine Damen und Herren. Jedes Mal, wenn irgend eine Wahl ist und die Linkspartei erneut in einen Landtag eingezogen ist oder zweistellige Ergebnisse bekommt oder gar, wie in den neuen Bundesländern, um Platz eins kämpft, nimmt man das mit einem Achselzucken hin.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Thomas Beyer (SPD))

Wenn aber in Sachsen die NPD in den Landtag kommt, dann sagt jeder zu Recht: Um Gottes willen, was ist da passiert?!

Meine Damen und Herren, wenn wir wirksam gegen Linksextremismus kämpfen wollen, dann müssen wir diesen Linksextremismus bekämpfen, dann müssen wir in den Schulen weitermachen, dann müssen wir der Gesellschaft deutlich zeigen, was denn die Wurzeln des Linksextremismus sind.

Sehr geehrter Kollege Schindler, ich habe mich schon gewundert, dass Sie sagen, die Herrschaft der Gemeinschaft über das Individuum sei ausschließlich rechtsextremes Gedankengut. Herr Kollege Schindler, die Herrschaft des Proletariats über das Individuum, das ist Karl Marx in Reinkultur.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Das Gegenmodell zu Karl Marx ist unser Grundgesetz mit Artikel 1: "Die Menschenwürde ist unantastbar." Das sind die beiden Antipoden, das sind die beiden Gegensätze.

(Beifall bei den Freien Wählern und Abgeordneten der CSU)

Hier haben wir als Demokraten unsere Aufgabe und unsere Pflicht, zu kämpfen. Deswegen, meine Damen und Herren, volle Zustimmung von den Freien Wählern für Ihren Antrag.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Kollege Pohl. - Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Tausendfreund für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön.

Susanna Tausendfreund (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Auf das doch sehr verschrobene Weltbild des Herrn Pohl und seine speziellen Feindbilder möchte ich jetzt nicht eingehen,

(Beifall bei den GRÜNEN)

sondern auf den Antrag. Wir werden den Antrag ablehnen.

Der erste Teil des Antrags ist ganz vernünftig, aber natürlich eine Selbstverständlichkeit. Wir beobachten schließlich alle die Kriminalitätsentwicklung in allen Bereichen. Egal, aus welcher Richtung die Gewalttätigkeiten motiviert sind - sie müssen verurteilt und geächtet werden.

Die Anzahl der linksextremistisch motivierten Gewalt- und Straftaten ist nach der Statistik 2009 deutlich angestiegen. Das bereitet auch uns Sorgen. Die Entwicklung muss aber genau analysiert werden, um darauf richtig reagieren zu können. Ein Blick in den Bundesverfassungsschutzbericht und auch in den Landesverfassungsschutzbericht gibt hier einen ersten Überblick. Für eine genaue Beurteilung der Qualität der Delikte muss man sich aber die einzelnen Straftaten doch genauer ansehen.

Sie finden in der Bundesstatistik unter den linksextremistisch orientierten Straftaten etliche, die den Tatbestand des Landfriedensbruchs erfüllten oder den des Widerstands gegen die Staatsgewalt, ohne ein Körperverletzungsdelikt beinhaltet zu haben. Sie zählen auch zu den Gewaltdelikten. Das muss man sich also einfach genauer anschauen. Ich will hier nichts herunterspielen, aber für einen klaren Blick auf die Probleme darf man sich nicht auf eine Statistik verlassen, sondern muss sie hinterfragen.

Die Zündung des Sprengsatzes auf der Demonstration in Berlin bringt tatsächlich eine neue Dimension in die Debatte. Dieser Anschlag ist durch nichts zu entschuldigen und aufs Schärfste zu verurteilen. Er ist ein Weckruf, wie Kollege Meißner gesagt hat, aber eine neue RAF steht nicht vor der Tür und sollte auch nicht herbeigeredet werden.

Dem zweiten und dem dritten Teil des Antrags können wir nicht folgen. Zunächst arbeiten Sie mit der immer wieder bemühten Gleichsetzung von Rechts- und Linksextremismus. Dies wird den Problemen nicht gerecht. Dieser Vergleich verkennet die völlig unterschiedlichen Ursachen der beiden Phänomene. Dieser Vergleich relativiert die

Gefahren, die von gewalttätigen Nazis ausgehen. Hier handelt es sich zielgerichtet um Angriffe auf Menschen, nur weil sie ausländisch aussehen, schwul sind, obdachlos sind oder, wie man im Fall Mannichl vermuten kann, wegen einer "Ehrverletzung".

(Unruhe)

Nach Angaben der Amadeu-Antonio-Stiftung sind seit 1990 149 Menschen in Deutschland bei rassistischen, homophoben oder obdachlosenfeindlichen Angriffen ums Leben gekommen. Dieses menschenverachtende Potenzial haben wir im Bereich der linksextremistischen Gewalt nicht.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Allerdings müssen wir uns natürlich nach dem Sprengstoffanschlag in Berlin intensiv mit diesem neuen Phänomen auseinandersetzen.

Der Vergleich links - rechts verwässert die Gefahren, die im ideologischen Unterbau der rechten Szene stecken. Es wird versucht, nationalsozialistisches Gedankengut, Blut-und-Boden-Mentalität, Heldengedenken in einem neuen Gewande gesellschaftsfähig zu machen. Die Einschätzung im bayerischen Verfassungsschutzbericht geht diesbezüglich völlig fehl. Dort steht - hören Sie mir bitte zu: "Der Rechtsextremismus weist keine gefestigte, einheitliche Ideologie auf." Was soll denn das?! Hier besteht natürlich eine einheitliche, gefestigte Ideologie, und es wird versucht, diese in Jugendcamps zu vermitteln, auf Musikveranstaltungen, über die Verteilung der Schulhof-CDs etc. So wie es im Verfassungsschutzbericht steht, ist es pure Verharmlosung.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Dann arbeiten Sie mit der indirekt geäußerten Unterstellung, dass es hier Leute gäbe, die linksextremistische Gewalt billigen oder wegen des vermeintlich legitimen Widerstands gegen Rechtsextremismus gutheißen würden. So ist es indirekt in Ihrem Antrag formuliert. Das tut hier niemand. Davon ist natürlich zu unterscheiden, dass eine gewaltfreie Sitzblockade nicht unter den Gewaltbegriff fallen kann und das, was Herr

Thierse gezeigt hat, sich dem rechten Mob entgegenzustellen, durchaus vorzeigenswert ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es geht nicht darum, linke Gewalt oder sonstige Straftaten zu beschönigen, zu befürworten oder zu verharmlosen, sondern es geht um die dringend notwendige differenzierte Betrachtung des Linksextremismus und des Rechtsextremismus. Diese differenzierte Betrachtung ist nötig, um die richtigen Mittel zu wählen und um den jeweils negativen Bestrebungen wirksame Maßnahmen entgegenzusetzen.

Wenn aber Links und Rechts immer wieder in einen Topf geworfen werden, wenn bei jeder Maßnahme gegen Rechtsextremismus immer wieder betont werden muss, dass der Linksextremismus genauso verwerflich ist, wenn peinlich genau darauf geachtet wird, dass in den Verfassungsschutzberichten jeweils in gleichem Umfang berichtet wird - auch wenn das nur an der Seitenzahl ablesbar ist - und Gruppen bei den Linksextremisten aufgeführt werden, die unseres Erachtens nicht hineingehören - ich nenne die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, VVN, die antifaschistische Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München e. V., a.i.d.a.-, dann

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

ist dies kontraproduktiv für die Bekämpfung beider Phänomene.

Der dritte Teil des Antrags bedeutet unterm Strich, dass Sie die derzeitigen Maßnahmen gegen den Rechtsextremismus eindampfen und finanzielle Mittel abziehen wollen. Die Maßnahmen, die Sie zur Prävention und zur Aufklärung über den Linksextremismus vorschlagen, stehen unter Haushaltsvorbehalt. Es heißt im Antrag: "Im Rahmen der vorhandenen Mittel." - Zusätzliche Mittel sind nicht vorgesehen, diese müssen Sie sich bei den Aktivitäten gegen rechts abknapsen.

Außerdem enthalten Ihre sehr vagen Vorschläge kein schlüssiges Konzept. Dieses müsste bereits mit einer vernünftigen Demokratieerziehung und der Vermittlung sozia-

ler Kompetenzen ab dem Kindergarten beginnen. Dieses Konzept müssen Sie einfach liefern. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Frau Kollegin. - Bevor ich Herrn Staatsminister das Wort erteile, weise ich auf einen Geschäftsordnungsantrag der CSU-Fraktion hin, dass wir die heutige Debatte beenden - das lasse ich jetzt beschließen, bevor es 19 Uhr ist -

(Zurufe von der CSU: Es ist bereits nach 19 Uhr!)

und abweichend von der Geschäftsordnung diesen Antrag beim nächsten Plenum zum Beschluss stellen.

(Thomas Kreuzer (CSU): Mit namentlicher Abstimmung!)

- Namentliche Abstimmung wurde beantragt. Besteht dazu Einverständnis? Wer ist dafür?

(Ulrike Gote (GRÜNE): Ist damit jetzt die Aussprache beendet?)

- Nein, ich würde dem Herrn Minister noch das Wort erteilen.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Aber innerhalb der Aussprache!)

- Ja, innerhalb der Aussprache.

(Zuruf von der SPD: Deutschland!)

- Der Anpfiff ist erst um 20.30 Uhr. Bis dahin sind wir locker fertig. Besteht damit Einverständnis in diesem Hohen Haus? - Vielen Dank, dann darf ich das so feststellen. Ich erteile dem Herrn Staatsminister das Wort.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf in aller Kürze

(Dr. Hans Jürgen Fahn (FW): Darin liegt die Würze!)

- sehr wohl, Herr Kollege - auf einige wenige Punkte dieser Debatte eingehen, weil mich insbesondere die Äußerungen von den GRÜNEN und der SPD besorgt machen und letztlich unterstreichen, wie wichtig es ist, dass wir darüber sprechen.

(Zuruf der Abgeordneten Susanna Tausendfreund (GRÜNE))

Es reicht nicht, sich nur auf die Debatte im Deutschen Bundestag zu beziehen.

Mir ging es zunächst auch wie dem Kollegen Fischer; ich hatte den Eindruck, dass sich die ersten Sätze von Herrn Schindler gar nicht so schlecht angehört haben. Aber dafür war das - entschuldigen Sie, wenn ich das so deutlich sage, Herr Kollege Schindler -, was anschließend kam, umso schlimmer. Es waren zwei Gedankengänge: Erstens, wurde hier gesagt, wer einen Sprengkörper auf einen Polizisten wirft, ist kein Linksextremist, sondern einfach ein Krimineller, und zweitens wurde anschließend erzählt, dass linksextremistisches Denken in vielen Fällen einen besonders idealistischen Hintergrund aus der Aufklärung habe. Das ist genau der Punkt, an dem die totale Verharmlosung von gewalttätigen Linksextremisten in unserem Land beginnt.

(Zurufe von der CSU: Bravo! - Beifall bei der CSU und der FDP)

Es sollte sich mal jemand erlauben, wenn Rechtsextremisten eine Gewalttat begehen, hier zu sagen: Wer in diesem Land zum Beispiel auf einen Ausländer einschlägt oder wer ein Ausländerhaus anzündet, ist kein Rechtsextremist, sondern einfach ein Krimineller. Das sollten wir hier einmal erleben, meine Damen und Herren. Dann würden Sie ein Protestgeschrei sondergleichen erheben.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir haben über diese Themen schon oft genug gesprochen. Es ist doch offenkundig, was in Berlin abgelaufen ist. Es ist doch offenkundig, was in Städten wie Berlin seit Jahren abläuft. Das hat begonnen mit einer über Monate hinweg immer häufiger auf-

tretenden Gewalt gegen Sachen, indem Polizeiautos, Bundeswehrautos und andere Regierungsfahrzeuge angezündet werden. Und dann ist es, wie wir es in unserem Land leider immer wieder erlebt haben, eskaliert; die Gewalt richtete sich dann gegen Personen. Genau das mussten wir jetzt in Berlin erleben.

Meine Damen und Herren! Ich freue mich, wenn wir in Fragen der Bekämpfung des Rechtsextremismus in diesem Hohen Haus immer wieder einen breiten Konsens haben. Aber es ist schlimm, wenn dieser Konsens in der Bekämpfung des Linksextremismus nicht genauso breit ist, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir haben das in der Vergangenheit nie zahlenmäßig gegeneinander aufgerechnet. Dass es Ihnen gegen den Strich geht, dass nach bundesweit völlig unbestrittenen Statistiken die Gewalttaten von Linksextremisten inzwischen die der Rechtsextremisten weit überholt haben, dass Sie immer noch nach Ausflüchten suchen, wie man das irgendwie verbrämen könnte, wie man sich vor dieser Entwicklung verstecken könnte, ist schon überaus bedauerlich, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das werden wir Ihnen nicht durchgehen lassen.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zurufe von der CSU: Bravo! - Zuruf des Abgeordneten Franz Schindler (SPD))

Ich habe mich gefreut, dass Kollege Körting in den letzten Monaten in Berlin versucht hat, eine etwas härtere Gangart gegenüber den Linksextremisten anzuschlagen. Er hat gemerkt, dass er mit einer dauernden Deeskalationsstrategie, wie die das so schön nennen, nicht weiterkommt. Dann hat man noch - ich habe darüber im vergangenen Jahr gesprochen - am 1. Mai den niedersächsischen Polizeikollegen verboten, einen Wasserwerfer mit nach Berlin zu nehmen, weil das die Demonstranten unnötig reizen könnte, wenn da ein Wasserwerfer zu sehen ist. Meine Damen und Herren, bei uns bleibt der Wasserwerfer zunächst im Hinterhof, aber in dem Moment, in dem eine Demonstration eskaliert, muss der Wasserwerfer da sein; denn wir wollen nicht, dass

unsere Polizisten, die für unsere Sicherheit den Kopf hinhalten, mit gefährlichen Körperverletzungen zu büßen haben, wenn sie für diesen Rechtsstaat eintreten.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Deshalb, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist es absolut richtig und wichtig, was in dem heute vorliegenden Dringlichkeitsantrag steht. Deshalb müssen wir das gemeinsam weiter als Herausforderung begreifen. Ich kann Sie nur herzlich bitten, liebe Kolleginnen und Kollegen links der Freien Wähler - die sind heute wenigstens mit an Bord, was diese klare Linie anbetrifft -, dass alles, was daneben ist, sich doch noch eines Besseren besinnt.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Warum müssen Sie so schreien? - Zurufe von der SPD)

Wir brauchen gegen jede Form von Linksextremismus und von Gewalttätigkeit einen breiten Konsens der Demokraten. Es wäre wichtig, diesen auch hier zu erreichen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und der FDP)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Staatsminister, bitte bleiben Sie noch am Mikrofon. Herr Kollege Schindler hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Franz Schindler (SPD): Herr Staatsminister, meine Damen und Herren! Ich war heute angenehm von den Ausführungen des Herrn Kollegen Meißner überrascht. Ich habe auf die Ausführungen des Herrn Bosbach im Deutschen Bundestag Bezug genommen und festgestellt, dass dort versucht worden ist, in abgewogener Art und Weise ein Phänomen zu beschreiben und für dieses Problem eine Lösung zu finden. Ich stelle fest, dass das offensichtlich nicht Ihre Absicht ist. Sie behandeln das Thema wie in einem Bierzelt, um dann hinterher die Gemeinsamkeit einzufordern.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wenn es Ihnen wirklich um den Konsens ginge, würden Sie nicht versuchen, anderen das Wort im Munde herumzudrehen, sondern akzeptieren, was hier gesagt worden ist.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Aus Ihrer Rede muss man den Eindruck gewinnen, dass es Ihnen gerade nicht um den Konsens geht. Das bedauere ich ausdrücklich.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Minister, Sie haben das Wort.

(Harald Güller (SPD): Jetzt muss er seine Worte wohl wägen!)

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): - Ich wäge meine Worte gut. Es wäre gut gewesen, wenn Herr Kollege Schindler seine Worte auch gewogen hätte.

Herr Kollege Schindler, es ist eine offenkundige und fadenscheinige politische Ausflucht, wenn Sie hier erklären, dass jemand, der gegenüber einem Polizisten gewalttätig wird oder einen Sprengkörper wirft, kein Linksextremist, sondern ein Krimineller sei. Natürlich ist eine solche Person kriminell. Aber natürlich ist so jemand nicht irgendein Gewalttäter, der dabei ist, eine Bank auszurauben. Hinter einer solchen Tat steht eine politische Gesinnung. Diese Gewalttaten wurden offensichtlich aus dieser politischen Gesinnung heraus verübt. Es werden schließlich nicht irgendwelche Fahrzeuge angezündet, sondern Polizeifahrzeuge, Bundeswehrfahrzeuge und Regierungsfahrzeuge. Dahinter steht eine politische Gesinnung.

Wir müssen bereit sein, uns mit dieser linksextremistischen Gesinnung offensiv auseinanderzusetzen. Ich kann es deshalb keinem durchgehen lassen, wenn er verharmlosend von irgendwelchen idealistischen Gesinnungen erzählt, die hinter solchen Taten steckten. Wir brauchen einen eindeutigen Konsens.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Warum schreien Sie denn so?)

Gewalt ist völlig indiskutabel. Wer eine extremistische Haltung hat und aus dieser Haltung heraus derartige Straftaten verübt, trifft auf den geschlossenen Widerstand der Demokraten in diesem Land. Dafür werbe ich. Dafür müssen wir kämpfen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und der FDP)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Minister, mir liegt ein weiterer Wunsch nach einer Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Tausendfreund vor.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Sie müssen uns nicht so anschreien!)

Susanna Tausendfreund (GRÜNE): Herr Minister, Sie sind bereits sehr lange an diesem Thema dran und kennen dessen Brisanz. Welche Präventionsmaßnahmen hat die Regierung denn in der Vergangenheit gegen den Linksextremismus ergriffen? Was hat die Regierung eigentlich dagegen getan? Hier handelt es sich um einen Antrag der die Regierung stützenden Fraktionen. Warum haben Sie nicht längst die notwendigen Mittel bereitgestellt? Dann wäre dieser Antrag vielleicht überhaupt nicht erforderlich geworden.

Etwas wollte ich noch sagen: Meines Wissens ist der Vorfall, der in Berlin stattgefunden hat, noch nicht aufgeklärt. Man weiß heute noch nicht, wer die Täter sind. Wir gehen zwar davon aus, dass sie aus dem linksextremistischen Umfeld stammen, aber der Fall ist noch nicht aufgeklärt. Das wollte ich ergänzen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Minister.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Frau Kollegin Tausendfreund, dass dieser Fall noch nicht restlos aufgeklärt ist, hängt ganz wesentlich damit zusammen, dass sich inmitten dieser ansonsten völlig zulässigen Demonstration ein Block von verummten Demonstranten aufgehalten hat. In den letzten Tagen habe ich deutlich gesagt, dass es leider im Rahmen der Deeskalationsstrategie in Berlin immer wieder zugelassen wird, dass sich Vermummte in einer solchen Demonstration aufhalten. Deshalb ist es wichtig, dass wir uns in Bayern um einen konsequenten Polizeieinsatz bemühen. Wenn sich ein Vermummter entgegen den klaren Auflagen und

Vorschriften in einer solchen Demonstration aufhält, wird er aus dem Verkehr gezogen oder die ganze Demonstration wird gestoppt.

Wehret den Anfängen. Hier darf es keine falsche Toleranz geben. Genau deswegen können wir solche Straftäter ermitteln. Deshalb müssen wir in Bayern unseren konsequenten Kurs weiterverfolgen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Frau Kollegin Rupp hat noch eine persönliche Erklärung nach der Geschäftsordnung abzugeben.

(Eberhard Sinner (CSU): Wollen Sie Ihren Tipp für das Fußballspiel abgeben?)

Adelheid Rupp (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) - Nein, ich gebe keinen Tipp für das Fußballspiel ab.

Ich war selten in diesem Landtag so verärgert wie jetzt über die gerade laufende Debatte. Kolleginnen und Kollegen, Herr Innenminister, ich fand die Debatte bis zu dem Zeitpunkt, als Herr Pohl ans Mikrofon trat, einigermaßen erträglich. Es gab sinnvolle und gute Wortbeiträge. Herrn Pohls Sicht der Dinge hätte mich nicht motiviert, ans Rednerpult zu treten. Zu Ihnen möchte ich aber etwas brutal sagen: Eine solche Sichtweise, wie Sie hier vorgetragen haben, ist meines Erachtens eines Demokraten nicht würdig.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Frau Kollegin Rupp, ich möchte Sie ausdrücklich darauf hinweisen, dass Sie im Rahmen von persönlichen Erklärungen nur Angriffe gegen sich selbst zurückweisen dürfen.

Adelheid Rupp (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Das werde ich jetzt tun.

Ich bin Mitglied einer linksextremistischen Organisation, nämlich von a.i.d.a. Ich bin nicht das einzige Mitglied dieses Landtags, das Mitglied bei a.i.d.a. ist. Das hat gute Gründe. a.i.d.a. ist eine Organisation, die unglaublich viel Aufklärungsarbeit in Sachen Neonazis und Neonazismus leistet. Sie steht völlig unberechtigt im Verfassungsschutzbericht. Das wissen wir alle. Sie befürworten nach wie vor, dass a.i.d.a. als linksextremistisch abqualifiziert wird. Diese Organisation leistet für Jugendliche und in anderen Bereichen eine äußerst wertvolle Arbeit.

Sie haben heute alle, die Sie als Linksextremisten bezeichnen, auch als potenzielle Gewalttäter bezeichnet. Dagegen wehre ich mich vehement. Ich muss es mir von keinem Innenminister bieten lassen, mich als potenzielle Gewalttäterin darstellen zu lassen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Herr Innenminister, ich bin ehrlich gesagt fassungslos angesichts Ihrer absoluten Undifferenziertheit und Plattheit, mit der Sie dieses Thema behandeln. Hier geht es um Demokratie.

(Thomas Kreuzer (CSU): Das sind Ausführungen zur Sache! Das ist unerhört, Herr Präsident!)

Herr Minister, Sie sind heute extrem hetzend aufgetreten.

(Unruhe bei der CSU, der FDP und den Freien Wählern)

- Herr Präsident, sorgen Sie bitte für Ruhe.

Herr Innenminister, ich fühle mich persönlich zutiefst von Ihren Aussagen betroffen. Sie sollten einmal darüber nachdenken, was Sie damit anrichten. Indem Sie Menschen in dieser Art abqualifizieren, verhindern Sie, dass sie sich gegen Nazis engagieren. Sie stellen Menschen, die sich für die Demokratie engagieren, in eine Ecke, in die sie nicht gehören. Sie stellen auch uns, die wir Mitglied bei a.i.d.a. sind, in diese Ecke.

Ich sage Ihnen eines: Das ist eines Innenministers definitiv nicht würdig. Für solche Ausführungen sollten Sie sich meiner Meinung nach schämen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Das war eine persönliche Erklärung. Das Hohe Haus nimmt sie zur Kenntnis.

Die Abstimmung erfolgt - wie vorhin beschlossen - in namentlicher Form im Rahmen der Sitzungsfolge vom 13. bis zum 15. Juli 2010.

Meine Damen und Herren, der Tagesordnungspunkt 5 wird aus Zeitmangel in die nächste Sitzung überwiesen.

Frau Präsidentin Stamm hat noch Karten für heute Abend in der Hand. Ich rege an, heute an dem gemeinsamen Abend teilzunehmen. Er dient einem guten Zweck. Ein Hinweis für die Raucher: Die Arkade hinter dem Lesezimmer wird aufgemacht, damit der Weg zum Rauchen nicht so weit ist.

Die verbliebenen Dringlichkeitsanträge 16/5213 mit 16/5217 werden in die Ausschüsse überwiesen. Solange noch einige Leute da sind, darf ich die Sitzung schließen.

(Schluss: 19.19 Uhr)